

So wählen Sie richtig - Jede Stimme zählt

Wo und wie Sie Ihre Stimmzettel ankreuzen

Viermal können Sie am 16. März oder vorab per Briefwahl abstimmen. Gewählt werden der Bürgermeister und die Gemeinderäte für Stockstadt und der Landrat und die Kreisräte für den Kreistag Aschaffenburg-Land. Bei allen vier Wahlen können Sie SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten Ihre Stimme geben. Und in allen vier Wahlen ist dies die Liste 2.

Die beiden kleineren, gelben und blauen Stimmzettel sind für die **Bürgermeister- und Landratswahl**. Dabei haben Sie jeweils eine Stimme. Mit Thomas Barko und Wolfgang Jehn kandidieren engagierte und mit unserer Heimat verbundene SPD-Kandidaten. Sie stehen für Bürgernähe und Kompetenz.

01	Wolf, Peter	CSU	<input type="radio"/>
02	Barko, Thomas	SPD	<input checked="" type="radio"/>

Für die **Gemeinderatswahl** haben Sie 20 Stimmen, so viele wie der Gemeinderat Sitze hat. Damit keine Stimme verloren geht, kreuzen Sie auf dem hellgrünen Stimmzettel auf jeden Fall den Wahlvorschlag der SPD an. Dann erhält jeder Bewerber eine Stimme. Sie können aber zusätzlich einzelnen Kandidaten bis zu drei Stimmen geben, insgesamt aber nicht mehr als 20. Wenn Sie zum Beispiel zwei Kandida-

Wahlvorschlag Nr. 02	
<input checked="" type="checkbox"/>	Kennwort: SPD Sozialdemokratische Partei
1	Barko Thomas
2	Ackermann Wolfgang
3	Herbrik Rafael
4	Eisert Heike
5	Hollstein Klaus-Dieter
6	Urban Heidi
7	Kraus Matthias
8	Trageser Dieter
9	Gentil Philipp
10	Ramming Manfred
11	Reising Thomas
12	Bauer Klaus
13	Hachelaf Margot
14	Laemmerhold Lutz
15	Schüßler Dennis
16	Winke-Klebing Heidrun
17	Schynol Martina
18	Conti Elke
19	Dr. med. Brückner Horst
20	Brößler Peter

ten je drei Stimmen geben, dann erhalten die verbleibenden 14 Stimmen die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Listenplätze. Oder Sie verteilen die zwanzig Stimmen auf die von Ihnen ausgewählten SPD-Kandidaten. Dafür müssen Sie im Feld links neben dem Wahlvorschlag die Ziffer 3, 2 oder 1 eintragen. Ein normales Kreuz entspricht einer Stimme.

Wichtig: In allen Fällen sollten Sie das Kreuz im oberen Kopf des Stimmzettels in den Kreis zum Wahlvorschlag 02 der SPD machen.

<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
	Name
3	Name
2	Name

Für die **Kreistagswahl** gilt das selbe Verfahren, nur können Sie auf dem größten, dem weißen Stimmzettel insgesamt 70 Stimmen vergeben. Als Stockstädter haben Sie die Möglichkeit, insgesamt sechs SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten aus Ihrer Marktgemeinde die Stimme zu geben. So haben Sie die Gewissheit, dass diese sich vor allem für die Interessen und Belange unserer Gemeinde einsetzen werden, z.B. in Fragen der Verkehrspolitik. Unsere Stockstädter Kandidaten finden Sie auf den Listenplätzen 208 (Heike Eisert), 217 (Dieter Trageser), 240 (Claudia Amier), 241 (Klaus-Dieter Hollstein), 260 (Linda Ersing) und 261 (Rafael Herbrik).

Alternative Briefwahl

Wenn Sie nicht wissen, ob Sie am 16. März in Stockstadt sind, nutzen Sie die Möglichkeiten zur Briefwahl. Dann können Sie in Ruhe zuhause Ihre Wahl treffen. Die Unterlagen fordern Sie, mit Hilfe der Wahlbenachrichtigungskarte und mit Ihrer Unterschrift versehen, beim Wahlamt im Rathaus an.

Auf jeden Fall gilt: Gehen Sie zur Wahl! Gestalten Sie die Zukunft Stockstadts und des Landkreises mit. Überlassen Sie es nicht Anderen, diese Entscheidung für Sie zu treffen. Werden Sie selbst aktiv und machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

aus der Serie "Ein Foto und seine Geschichte"

Folge 13:

Kommt ein Mann zum Arzt...

Dr. med Horst Brückner hat eine gut gehende Praxis. Er ist ein gefragter Arzt. Und er plant für die Zukunft. Und er handelt. Nach intensiver Suche gelingt es ihm, einen Kollegen für die Erweiterung seiner Praxis zu finden. Ein anderer handelt nicht. Bürgermeister Wolf lässt den Arzt Bernd Rohm wissen, er könne ihm und seinen Patienten bei der Suche nach einem Nachfolger für dessen Praxis nicht helfen. SPD und Freie Wähler bringen das Thema in die Öffentlichkeit. Jetzt fragt BM Wolf bei den Stockstädter Ärzten nach. So wählt er auch die Telefonnummer von Dr. Brückner. Mit dem, was er da erfährt, hat er Glück. Kommt doch ein neuer Arzt nach Stockstadt. Na also, kein Ärzteproblem in Stockstadt, denkt er und beglückt die Praxis in der Bahnhofstraße mit seinem Besuch. Zu-



fällig ist auch ein Fotograf dabei und hält die frohe Kunde fest: Das Arztproblem ist gelöst. Alle Aufregung war umsonst. BM Wolf sonnt sich im Glanze des neuen Arztes, zu dessen Praxis eintritt er soviel beigetragen hat, wie der Osterhase zum Eierlegen.

SPD

Impressum
 V.i.S.d.P.: SPD Stockstadt am Main,
 Rafael Herbrik, Nelkenweg 11, 63811 Stockstadt, info@spd-stockstadt-main.de
 Redaktion: Lutz Laemmerhold



Blickpunkt

Ausgabe März 2014

Informationen für die Bürgerinnen und Bürger Stockstadts

Keine neue Bahntrasse durch den Hübnerwald

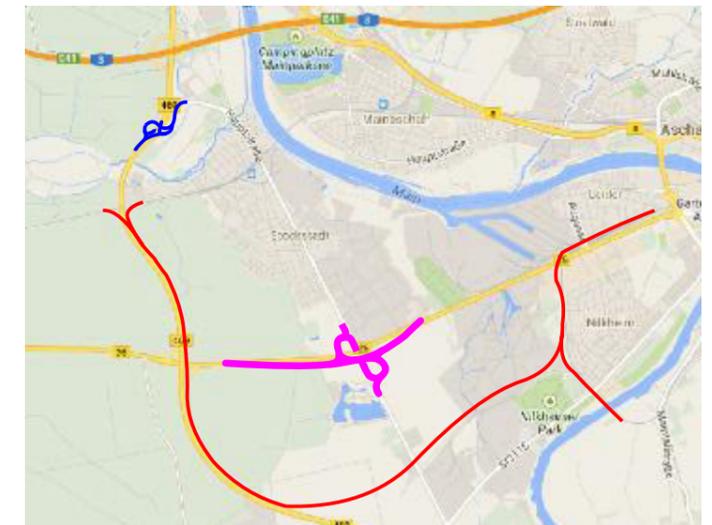
SPD-Initiative im Gemeinderat

Der Bürgerentscheid der Aschaffener Bürgerinitiative gegen die Ausbauplanung der B26 hat gezeigt, was möglich ist, wenn Planungen an den Bürgern vorbegründet werden.

Die Einzelheiten sind in der Öffentlichkeit bisher nur wenig bekannt: So wird die Planung für den Ausbau der B469, der B26 und für eine neue Trasse der Hafentramm weitreichende Einschnitte in den Hübnerwald und für die Marktgemeinde mit sich bringen. Erstmals wurde der Gemeinderat Mitte Dezember mit Details zur Planung konfrontiert: Die B26 soll zwischen Anschluss B469 und Aschaffenburg vier-spurig ausgebaut werden, die Anbindung an die Obernburger Straße kreuzungsfrei erfolgen. Die B469 soll auf sechs Spuren erweitert und mit 250 Meter langen Ein- und Ausfädelspuren zur Kreisstraße AB16 versehen werden. Eine neue Bahntrasse soll den Hafen mit der Bahnstrecke AB-Darmstadt verbinden. Diese würde den Hübnerwald zerschneiden und erheblichen

Flächenbedarf erfordern (s. Karte). Mit einer vorbereiteten Erklärung hat die SPD-Fraktion in der Sitzung vom 24. Januar im Gemeinderat deutlich gemacht, dass mit ihr keine Bahntrasse durch den Hübnerwald zu machen ist. Auch die Ausbaupläne der B26 und der B469 lehnt die SPD in der jetzigen Form als überdimensioniert und nicht akzeptabel ab. CSU und Freie Wähler schlossen sich in der von der SPD beantragten nochmaligen Beratung einstimmig der Erklärung der SPD an. Diese soll Grundlage für die weiteren Gespräche und Verhandlungen mit den Planungsbehörden sein.

Den Wortlaut der Erklärung lesen Sie auf Seite 2.



Ausbaupläne des Staatlichen Bauamtes AB

- geplante Trasse der Hafentramm
- Anschlussstelle B469/AB16
- Kreuzungsbereich B26 / Obernburger Straße

Liebe Stockstädter Bürgerinnen und Bürger,

„Wir in Stockstadt“ - mit diesem Bekenntnis zu unserer Heimatgemeinde haben wir uns aufgestellt. Das Motto für unsere Politik und für unser Handeln ist auch Ausdruck unserer Nähe zu Ihnen. An Ihren Interessen und Vorstellungen haben wir uns immer orientiert. Wir waren bei Ihnen vor Ort. Wir haben uns dort eingemischt, wo wir Ihre Belange unzureichend vertreten sahen. In den vergangenen Jahren haben wir Initiativen ergriffen und Anstoß zu vielen Verbesserungen gegeben. Wir haben auch unpopuläre Entscheidungen mitgetragen, uns nicht vor der Verantwortung gedrückt. Wir haben unsere Rolle immer konstruktiv verstanden.

Es mag dem Wahlkampf geschuldet sein, wenn sich der politische Wettbewerber Leistungen zuschreibt, die von allen Parteien getragen waren oder gar eine andere Handschrift trugen. Unsere ehrliche Bilanz der vergangenen Jahre lesen Sie in dieser Ausgabe unseres Blickpunkts.

Daran wollen wir anknüpfen, mit Herz und Verstand für Stockstadt. Und mit Ihrer Unterstützung und Ihrer Stimme. Darum bitte ich Sie.

Herzlichst,
 Ihr
 Thomas Barko

SPD-Antrag und Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung aller im Gemeinderat vertretenen Parteien

In der nachstehenden Erklärung lehnt der Gemeinderat die vom Staatlichen Bauamt Aschaffenburg vorgelegten Pläne zum Ausbau der Bundesstraßen B26 und B469 als überdimensioniert ab. Außerdem bekräftigt er in diesem Zusammenhang die Ablehnung der Trassenverlegung der Hafentram durch den Hübnerwald. Diese war bereits in der Sitzung des Bauausschusses vom 31. Juli 2013 negativ beschieden worden.

Bürgermeister Wolf wird aufgefordert, die ablehnende Haltung der Marktgemeinde den für die Planung verantwortlichen Stellen darzulegen und auf Änderungen zu drängen. Über das Ergebnis seiner Gespräche wird er den Gemeinderat regelmäßig informieren und über den weiteren Planungsverlauf berichten. Der Bürgermeister und die im Gemeinderat vertretenen Parteien werden aufgefordert, ihren Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger geltend zu machen.

Seitens der Verwaltung ist ein Flächenerwerb des Marktes in den betroffenen Bereichen zu prüfen, um im weiteren Verfahren ggf. selbst Rechtsmittel einlegen zu können.



Der Gemeinderat der Marktgemeinde Stockstadt am Main lehnt die vom Staatlichen Bauamt Aschaffenburg vorgestellte Ausbauplanung der B26, der B469 und der Hafentram für alle Teilvorhaben als überdimensioniert ab. Die dem Plan zugrunde liegenden Verkehrsprognosen sind nicht transparent und werden vom Gemeinderat in ihrer Bewertung nicht geteilt. Dieser Planungsstand darf nicht Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan finden.

Mit Unverständnis reagiert der Gemeinderat darauf, dass eine Einbindung der Marktgemeinde im Vorfeld und bei der Erstellung der Planung nicht stattfand. Die Planungen berücksichtigen in keiner Weise die berechtigten Interessen Stockstadts und ihrer Bürger.

Bei allen drei Teilprojekten wird insbesondere der Hübnerwald in nennenswertem Umfang reduziert. Dabei handelt es sich um einen Bannwald, der auf Grund seiner Lage und Bedeutung für den Wasserhaushalt, das Klima und die Luftreinigung in seiner Flächensubstanz für die Region unverzichtbar ist. Der Hübnerwald ist zudem wichtiges Naherholungsgebiet und verdient uneingeschränkten Schutz. Der geplante Eingriff wird nicht nur vom Gemeinderat, sondern auch von den Hübnern als Eigentümer abgelehnt.

Durch die Bundesstraßen B26 und B469, die A3, die Bahnlinie Darmstadt - AB und den benachbarten Flugplatz Ringheim ist Stockstadt bereits heute durch Lärm- und Schadstoffemissionen erheblich vorbelastet. Ein Anstieg des Verkehrsaufkommens aller genannten Verkehrsträger ist bereits prognostiziert.

Der kreuzungsfreie Ausbau des Anschlusses der Kreisstraße AB16 (Oberburger Straße in Stockstadt) an die B26 wird wegen des Flächenbedarfs in der jetzt vorgelegten Planung abgelehnt. Außerdem würde die bestehende zweite Anbindung Stockstadts an die B26 über die Industriestraße entfallen. Diese hat heute bereits eine wichtige entlastende Funktion für den stadtauswärts fließenden Verkehr auf der AB16.

Für den weiteren Planungsprozess fordert der Marktgemeinderat von den entsprechenden Behörden eine Beteiligung des Marktes Stockstadt. Es sind Gutachten vorzulegen bzw. einzuholen, insbesondere zum zu erwartenden Verkehrsaufkommen sowie zu den Auswirkungen auf Stockstadt in Bezug auf Lärm- und Schadstoffemissionen, den Wasserhaushalt im Hübnerwald sowie auf die Konsequenzen für Natur- und Tierschutz.

Verbesserungen für Senioren und Behinderte

Für Senioren und Menschen mit Behinderungen will die Stockstädter SPD die Rahmenbedingungen verbessern, um ihnen die Teilhabe am innerörtlichen Leben zu erleichtern.

Zu den Maßnahmen gehört die verbilligte Nutzung der Buslinie auf den Streckenabschnitten innerhalb der Gemeinde. Außerdem sollen die Bushaltestellen nach und nach auf einen behindertengerechten Einstieg umgestellt werden. Bei der Bahn soll darauf hingewirkt werden, die Zugänge zu den Zügen behinderten- und seniorenrecht zu gestalten.



Zur Sicherstellung der Nahversorgung will die SPD Gespräche mit den örtlichen Geschäften mit dem Ziel führen, im Bedarfsfall einen Lieferservice für ältere und behinderte Bürger einzurichten, die dauerhaft oder übergangsweise die eigene Versorgung nicht selbst leisten können. Denkbar wäre dabei der Abschluss eines entsprechenden Dienstleistungsvertrages. Insbesondere hier sieht die Gemeinderatsfraktion einen großen Bedarf.

Um angesichts der fortschreitenden Alterung unserer Gesellschaft den Senioren und Behinderten mehr Möglichkeiten bei der Mitgestaltung ihrer Lebenssituationen einzuräumen, schlägt die SPD vor, einen Behinderten- und Seniorenbeirat bzw. -beauftragten einzurichten. Erster Schritt dazu könne ein "Runder Tisch" sein, an dem Seniorengruppen, Arbeiterwohlfahrt, VdK, Kirchen und Nachbarschaftshilfe beteiligt werden. Zielsetzung sei es, eine Interessenvertretung für Senioren und Behinderte zu etablieren.

"Wir wollen, dass über diese ersten Vorschläge hinaus die weitere Entwicklung unserer Heimatgemeinde für die älteren und behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger insgesamt aufgezeigt und entsprechend gestaltet und umgesetzt wird", so Gemeinderatsmitglied und Bürgermeisterkandidat Thomas Barko.

Politik für den Bürger: Eine Bilanz

von Wolfgang Ackermann, Sprecher der SPD-Gemeinderatsfraktion

Sechs Jahre Politik für die Bürger, mit den Bürgern, lassen sich an Taten und Erfolgen messen. Wir haben etwas bewegt. Mit Augenmaß und politischer Vernunft haben die Gemeinderäte der SPD maßgeblich die Entwicklung Stockstadts positiv gestaltet. Zahlreiche unserer Anträge, Initiativen und Vorschläge hatten zum Ziel, Stockstadt fit für die Zukunft zu machen. Trotz fehlender Mehrheit im Gemeinderat war es unser Ziel, nicht Opposition, sondern gestaltende Kraft im Ortsparklament zu sein.

Bereits zu Beginn haben wir unsere Versprechen umgesetzt:

- Das Sammeltaxi für Heimfahrten aus Aschaffenburg in den Nachtstunden.
- Den Bau des noch fehlenden Radwegs vom Sonneck Richtung Großostheim.
- Die Schließung der Aschaffener Straße für den Durchgangsverkehr.

Auch in den Folgejahren sind es immer wieder unsere Anträge und Aktivitäten, die die Weichen in Richtung Zukunft stellen:

- Die Haupt- und Oberburger Straße sollen umgestaltet werden. Bereits 2009 beantragt die SPD, mit dem Kreis in Verhandlungen zu treten. Die Neugestaltung findet unsere volle Zustimmung. Nur: Nach Sanierung der Gersprenzbrücke soll die Gewichtsbeschränkung für LKW für die Hauptstraße fallen. Im Gegensatz zur CSU werden wir aktiv: Über 1.100 gesammelte Unterschriften führen zum Umdenken in der Kreisverwaltung und die Tonnagebeschränkung bleibt.

Weitere Bau- und Verkehrsprojekte werden von uns immer wieder kritisch hinterfragt.

- Als die ersten Planungen für den Neubau der Schwarzen Brücke bekannt werden, sprechen wir mit den betroffenen Bürgern. Im Nachgang werden die Pläne überarbeitet. Dass nach Fertigstellung das LKW-Verbot bestehen bleibt, ist für uns unumstößlich.
- Ein überarbeiteter Bebauungsplan "Auf dem Grund" sieht dort eine höhere Verdichtung mit Reihenhausbebauung vor. Wir führen Gespräche mit den Anwohnern und drängen auf eine Änderung der Pläne.

- Wir setzen uns für die Schaffung von behinderten- und seniorenrechtlichem Wohnraum an gleicher Stelle ein.
- Statt eines Verkaufs der Buchenrainsiedlung treten wir für die Renovierung und Neuvermietung der Sozialwohnungen ein.
- Der Schaffung von Parkplätzen im Altort stimmt der Gemeinderat geschlossen zu. Die Freigabe einer Fläche am Maindamm durch das Wasser- und Schifffahrtsamt macht eine Nutzung als Parkraum erst möglich. Wir sind vor Ort und diskutieren mit den Anwohnern, wie die Parkflächen im Altort sinnvoll ausgewiesen werden sollen.

Dass die Menschen in Stockstadt für uns immer an erster Stelle stehen, machen wir nicht nur durch deren Einbeziehung in unsere Entscheidungen,



sondern auch mit zahlreichen Aktivitäten im sozialen Bereich immer wieder deutlich.

- Angesichts steigender Strompreise initiieren wir einen Sozialtarif, der die sozial Schwachen entlastet.
- Für die Senioren und Menschen mit Behinderung wollen wir Verbesserungen im innerörtlichen Busverkehr, einen besseren Zugang zu den Zügen, ein Konzept zur Nahversorgung und die Einrichtung eines Senioren- und Behindertenbeirats.
- Der Seniorenparcours neben der Frankenhalle soll in diesem Jahr realisiert werden.
- Die zunehmende Belastung der Anwohner durch den Bahnlärm ist für uns Anlass, vor Ort mit den betrof-

fenen Bürgern ins Gespräch zu kommen. Unser Antrag, bei der Bahn Maßnahmen zur Lärmreduzierung zu fordern, wird von einer Unterschriftensammlung begleitet.

- Im Nachgang gründet sich die „Bürgerinitiative gegen Bahnlärm“, die sich auch künftig auf unsere Unterstützung verlassen kann.
- Unsere Initiative für eine Erweiterung der Aussegnungshalle und für gestalterische Verbesserungen am Friedhof soll Beisetzungen einen würdevolleren Rahmen geben.
- Mit unserem Antrag auf Fördermaßnahmen erhalten die Frauen und Männer der Freiwilligen Feuerwehr eine entsprechende Wertschätzung ihres Einsatzes für die Gemeinschaft.
- Ein "Runder Tisch", auf Initiative von FWG und SPD beantragt, soll Aus-

kunft über den Stand der ärztlichen Versorgung geben. Durch mangelnde Unterstützung des Arztes Bernd Rohm hatte BM Wolf zahlreiche Bürger bei der Suche nach einem neuen Arzt sich selbst überlassen.

Während sich die 2008 gewählte, damalige CSU-Mehrheitsfraktion überwiegend mit sich selbst beschäftigte und in einen Auflösungsprozess überging, haben sich die Gemeinderäte der SPD in den vergangenen sechs Jahren geschlossen und entschlossen für eine soziale, menschliche und zukunftsfähige Gemeinde engagiert. Für die Menschen und immer im engen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das versprechen wir auch für die kommenden sechs Jahre.